

Geld oder Leben

Schlaglichter auf das marktwirtschaftliche Verhältnis von Ökonomie und Versorgung

Über den „Agrarausblick 2009“ der OECD wird berichtet:

„Eine Milliarde Menschen leiden an Hunger“

„In den Entwicklungsländern werden dem Landwirtschaftsausblick zufolge zwar künftig mehr landwirtschaftliche Güter hergestellt, gehandelt und verbraucht. Lebensmittelknappheit und Hunger seien aber dennoch ein zunehmendes Problem. Weltweit litten eine Milliarde Menschen Hunger. Langfristig bestehe weniger die Gefahr, dass es nicht genug Nahrungsmittel gebe, sondern dass die Armen nicht ausreichend Zugang dazu hätten. Deshalb müsse die Armut verringert werden und die Wirtschaft wachsen – dazu könne in Entwicklungsländern die Landwirtschaft beitragen.“ (wirtschaft.t-online.de, 17.6.09)

Lebensmittel werden immer reichlicher hergestellt, und „dennoch“ wächst die Lebensmittelknappheit. Genug Nahrungsmittel wären für die Hungernden schon da; das einzige, was ihnen fehlt, ist der „Zugang“ – dass damit das Geld gemeint ist, ist jedem so klar, dass man es gar nicht explizit aussprechen muss. So zeigt sich, dass Geldverdienen und nicht Versorgung der abschließliche Zweck der Herstellung von Bedarfsgütern ist, marktwirtschaftliche Armut, Hunger und Elend verdanken sich allein dieser Zweckbestimmung der Produktion. Um sie aus der Welt zu schaffen, muss folglich der herrschende Produktionszweck, das private Geldverdienen, durch eine planmäßige Versorgung der Leute mit Dingen ihres Bedarfs ersetzt werden. Oder?

Der marktwirtschaftliche Sachverstand denkt anders: Wenn schon alles nur gegen Geld zu haben ist – die

Lebensmittelknappheit zahlungsunfähiger Menschen gilt ihm als selbstverständlichste Grundtatsache allen Wirtschaftens –, dann brauchen die Armen nichts anderes als Geld. Nur fehlendes Geld verhindert, dass die produzierten Güter dorthin gelangen, wo sie am dringendsten gebraucht werden; sobald es da ist, ermöglicht es den Zugang. Wenn Hunger in Geldmangel übersetzt ist, dann heißt das erste Bedürfnis der Armen: eine erfolgreichere Geldwirtschaft muss her! Erst einmal müssen mehr Geschäfte laufen, bevor sich der elende Teil der Menschheit Hoffnung machen kann. Milliarden hungernder Menschen beweisen, wie unverzichtbar ein in Geld bilanziertes Wirtschaftswachstum ist.

Was die Sache mit dem Hunger selbst angeht, so kennt die für ihre Effizienz und Menschengemäßheit berühmte soziale Marktwirtschaft nur eine Perspektive: Hungernde finden, wenn überhaupt, dadurch Zugang zu ihren Nahrungsmitteln, dass sie daran beteiligt werden, landwirtschaftliche Produkte zu Geschäftsartikeln zu machen und dorthin zu bringen, wo die Zahlungsfähigkeit beheimatet ist, weil sie nur so die Chance haben, sich ein Geld zu verdienen, mit dem sie sich dann wieder Nahrungsmittel kaufen können. Etwas anderes als eine Förderung der Geldakkumulation kann man nicht für sie tun.

So wird sich marktwirtschaftlich mit Fragen des Lebens und Überlebens befasst. Für den professionellen Blick beginnt und endet Ökonomie beim Geld, er kennt kein anderes Bedürfnis und kein anderes Produkt als das Geld, keine andere Frage und kein anderes Problemlösungsmittel. Egal wo er anfängt, er endet bei seinem ewigen Mantra vom Wirtschaftswachstum, das unver-

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Bildungsstreik 2009

Wie und wozu der Staat die Bildung organisiert

Mit fortlaufenden Bildungsreformen kritisiert der Staat sein Ausbildungs- und Hochschulwesen. Zu lange, zu teuer, zu ineffektiv ist die Ausbildung für den Erfolg von Unternehmen und Nation. Schüler und Studenten dürfen mit verkürzter Ausbildungsdauer, erhöhtem Leistungsdruck und happigen Studiengebühren dazu beitragen, dass die „Ressource“ Bildung mehr für die internationale Konkurrenzfähigkeit Deutschlands leistet.

Wenn und solange also Bildung als „unser einziger Rohstoff“ auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie vom Azubi bis zur Molekularbiologin zu nichts anderem als der Durchsetzung im „Wettstreit“ der Nationen ihren Beitrag leisten soll, ist sie nicht zu „Nutzen und Frommen“ der bildungsbeffissenen Jugend da, sondern umgekehrt diese für die Belange von Wirtschaft und Nation.

3.12. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

Und am 26. November: Kritik – wie geht das? Siehe Innenteil!

zichtbar ist.

Dafür steht exemplarisch noch eine weitere, hier in ganzer Länge wiedergegebene Sumpfflüte des Wirtschaftsressorts, in der am Fall der jüngsten südostasiatischen Naturkatastrophen erneut zur Anschauung kommt, in welchem Verhältnis das, was „die Wirtschaft“ genannt wird, zum Überleben der Leute steht.

„Asiens schwarze Tage“

„Es waren schwarze Tage für die aufstrebenden Länder Südasiens: verheerende Regenstürme auf den Philippinen, Kambodscha und Vietnam, mehrere Erdbeben in Indonesien, und zuvor hatte ein Tsunami die Insel Samoa getroffen. Die Zahl der Toten dürfte

sich auf mehrere tausend belaufen. Die Wirtschaft aber bleibt von all diesen Katastrophen fast unberührt. Denn anders als etwa von der Dürre in Indien sind von den Naturkatastrophen nur einige arme Landstriche betroffen. Deren Desaster aber berühren das Wachstum der Länder kaum. Die wirtschaftlichen Auswirkungen verblissen hinter der menschlichen Tragik, fasst der Internationale Währungsfonds nach dem Taifun ‚Ketsana‘ auf den Philippinen zu Beginn vergangener Woche die Lage zusammen.“

Überlebens- und Versorgungsprobleme der Leute und das, was „die Wirtschaft“ heißt, sind zwei ganz verschiedene Dinge. Was ein menschliches „Desaster“ ökonomisch heißt, ist erstmal ganz die Frage. ▶ S.3

Die Krise des weltweiten kapitalistischen Geschäfts geht in ihr drittes Jahr. Was im Sommer 2007 als Irritation in einer Spezialabteilung des US-amerikanischen Kreditgewerbes begann – die Entwertung von Wertpapieren, in denen unter anderem private Hypothekenschulden zu spekulativen Geschäftsartikeln verarbeitet worden waren, sowie die nachfolgende Zahlungsunfähigkeit der zwecks Schaffung und Vermarktung dieser Produkte konstruierten Zweckgesellschaften –, ist folgerichtig immer weitergegangen. Der Zusammenbruch des Handels in diesem einen Sektor des Derivate-Marktes sowie der Emittenten der einschlägigen Handelsartikel hat deren Kundschaft wie deren Konstrukteure

Lehren aus zwei Jahren Weltwirtschaftskrise

Die Krise wirft ein grelles Licht auf die für die normale Menschheit schädlichen Konstruktionsprinzipien des Kapitalismus, die sonst gewohnheitsmäßig als der „normale Gang der Dinge“ abgehakt werden.

beschädigt. Die Verluste vieler, der Bankrott einiger Kreditinstitute haben weitere Abteilungen des Kapitalmarktes lahmgelegt; die Lahmlegung des Geschäftsgangs auf diesen Märkten hat weitere Investoren und Emittenten ruiniert. Mittlerweile sind Großunternehmen der Finanzbranche in aller Welt

praktisch pleite, einige auch tatsächlich liquidiert worden. Die Abschreibungen betroffener Firmen auf ihr Wertpapiervermögen belaufen sich auf mehrstellige Milliardensummen; die womöglich noch abzuschreibenden Finanzwerte – Papiere, die die Bilanzen ihrer Inhaber „vergiften“ – addieren sich schät-

zungsweise zu einem Mehrfachen dieses Betrags; und diese Summe sinkt nicht wirklich mit den tatsächlich vorgenommenen Abschreibungen, zeigt eher steigende Tendenz, weil mit dem Wertpapiervermögen der Kreditunternehmen deren Fähigkeit und Bereitschaft abnehmen, den Handel mit der Spekulationsware wieder aufzunehmen und ihr dadurch wieder einen Marktwert zu verschaffen. Die mehr als ein Jahr lang beschworene Hoffnung, die Konsequenzen dieses fortschreitenden Entwertungsprozesses ließen sich auf bestimmte „hochspekulative“ Abteilungen des Weltfinanzmarktes begrenzen oder wenigstens von der „Realwirtschaft“ fernhalten, hat sich längst als Illusion erwiesen: ▶ S.3

Wenn Soziologen ihren Blick durch die Lande schweifen lassen, stoßen sie wie selbstverständlich auf einen „Sachverhalt“, den sie

soziale Ungleichheit

nennen.

„Wenn man in der Gesellschaft aufwächst, lernt man immer mehr, wie verschieden die Menschen, mit denen man zusammenkommt, sind ... Es gibt Alte und Junge, Protestanten und Katholiken, und manche Leute sprechen mit einem Akzent. Es gibt Ärzte, Lehrerinnen, Babysitter, Briefträger, Polizisten und Gelegenheitsarbeiter.“ (Berger/Berger)

Schon merkwürdig, was man da „lernen“ soll. Mag sein, dass es das „gibt“, was ein Soziologe bei seiner Betrachtung der Gesellschaft für erwähnenswert hält. Aber mit dieser Aufzählung von wahllos aneinander gereihten Auffälligkeiten auf ein „Wie verschieden!“ zu dringen, ist einigermaßen absurd: Denn mit „Arzt“, „Protestant“ usw. ist schon mehr mitgeteilt als die Banalität, dass sich diese „Menschen“ unterscheiden. Aber offenbar kommt es dem Soziologen, wenn so inkommensurable Dinge wie der Beruf für dasselbe wie Alter, Akzent etc. stehen sollen, auf einen Eindruck an, den er gleich in einem Urteil über die Gesellschaft zusammenfasst: Mit bewusster Naivität schaut er in der Welt herum, zeigt sich erstaunt, was es nicht alles „gibt“, wie andersartig ihm die Menschen begegnen, und macht aus dieser Entdeckung eine inhaltsleere Verschiedenheit, die er als Bild der Gesellschaft präsentiert.

Die so in die Welt gebrachte „Unordnung“ ist für den Schichtsoziologen ein flotter Auftrag an sich selbst, „Ordnung“ und „Strukturen“ aufzufinden:

„Es gibt zunächst eine ganze Reihe von Kennzeichen, mit deren Hilfe Unterschiede deutlich (!) gemacht werden können: Herkunft, Bildungsstand, Konfession, Beruf, Einkommen, Vermögen u.v.a.m.“ (Bolte)

Was heißt hier „Unterschiede deutlich“ machen? Von denen ging der Soziologe doch aus. Und für das Verlangen nach Unterschieden bietet das Vergreisungsstadium ebenso gute Anhaltspunkte wie der Akzent oder sonst irgendeines der „Kennzeichen“, mit denen der Soziologe eben noch seine „verwirrende Vielfalt“ angerührt hat. Aber er beansprucht nun, solche „Unterschiede“ deutlich zu machen, von denen man sich Aufschlüsse über den Aufbau der BRD, über ihre

Sozialstruktur

versprechen darf:

„Mit sozialer Ungleichheit sind also

Eine soziologische Ersatzkategorie für Klassengesellschaft:

Soziale Schichtung

nicht beliebige Unterschiede in Geschmack und Lebensstil gemeint (!), sondern ungleiche Chancen, ungleiche Rechte und ungleicher Lebensstandard. Das bezieht sich heute vor allem auf mangelnde Bildungsmöglichkeiten, auf Einkommens- und Vermögensdifferenz, auf schlechte Arbeitsbedingungen und ungenügendes Mitspracherecht.“ (Stromberger/Teichert)

Wieso sind nun – nach der anfänglich kunstvoll gestifteten Verwirrung – ausgerechnet dies die Unterschiede, die für die „soziale Lage“ eines Individuums wesentlich sind? Erfährt man nun tatsächlich, was es mit den Bildungsunterschieden auf sich hat? Wo die „Einkommensdifferenzen“ herrühren?

Ein STROMBERGER berichtet, dass auch in der BRD nicht wenige Menschen unterhalb des „kulturellen Existenzminimums“ leben, und gibt seine Antwort auf die Frage nach dem Warum, indem er die „Schwierigkeit“ ihrer Beantwortung vor Augen führt:

„Die Hauptschwierigkeit (mal ganz abgesehen von den Nebenschwierigkeiten) dürfte darin begründet sein, daß sich gar nicht eindeutig sagen läßt, welches die Ursachen und welches die Wirkungen sozialer Ungleichheit sind. Die Herkunft eines Menschen kann Ursache für sein niedriges Einkommen sein, das Einkommen ist insofern die Folge. Es ist gleichzeitig ein Merkmal, an dem sich die soziale Lage dieses Menschen erkennen läßt.“ (Stromberger/Teichert)

Nun ist es überhaupt keine „Schwierigkeit“, ein „Merkmal“ als „Folge“ von etwas anderem zu charakterisieren. Der Soziologe geht doch selbst wie selbstverständlich davon aus, dass die „Herkunft“ eine „Ursache“ für das Einkommen darstellt. Warum sollte es die Erklärung, warum und unter welchen Bedingungen dies so ist, behindern, dass das Einkommen seinerseits erhebliche Bedeutung für die „Bildungsmöglichkeit“ der nächsten Familiengeneration hat? Offenbar hat der Soziologe seine Unterscheidung von „beliebigen“

und für die „soziale Lage“ wesentlichen Differenzen ganz anders „gemeint“. Er weist mit der vorgeblichen „Schwierigkeit“, Gründe und Folgen identifizieren zu können, überhaupt das Ansinnen zurück, die stets herbeizitierten „Unterschiede“ erklären zu wollen. Die Unterschiede interessieren ihn in ganz anderer Weise: er reserviert sich einen „Freiheitsspielraum“ für die Auswahl von den Unterschieden, die er für Indikatoren, für „Merkmale“ eines gesellschaftlichen Ordnungsprinzips halten möchte, mit dem der Grund, weswegen die Mitglieder einer Gesellschaft in höchst gegensätzliche Lebensbedingungen versetzt werden, ein für allemal eliminiert ist. Mit 275 Euro im Monat über die Runden kommen zu müssen verdankt sich demnach einer „sozialen Lage“, für die nicht zuletzt eines sehr charakteristisch ist – die Einkommenshöhe!

Mit solchen begriffslosen Merkmalen einer „sozialen Lage“ fabriziert der Soziologe als gesellschaftliche Ordnung die stumpfsinnige räumliche Metapher eines „Oben und Unten“, eine

Rangordnung

eben, die zu den seltsamsten Diagnosen über die „gesellschaftliche Stellung“ der BRD-Bewohner Anlass gibt.

Zwar weiß z.B. STROMBERGER durchaus, dass es sehr darauf ankommt, ob jemand sein Einkommen als „Lohn, Gehalt oder Honorar bzw. Gewinn“ erzielt. Das hält ihn jedoch keineswegs davon ab, sehr unbekümmert um die Verschiedenheit der Mittel, aus denen ein Arbeiter, ein Grundbesitzer und ein Kapitalist ihr Einkommen beziehen, Einkommenstabellen anzufertigen, die jede Erinnerung an die Quellen dieser Einkünfte tilgt und sie alle gleich machen in Euro und Cent. Die Unterscheidung der Leute an der Einkommenshöhe porträtiert alle als – mehr oder minder große – Teilhaber am gesellschaftlichen Reichtum; auch die, die kein Eigentum haben und des-

wegen ständig auf ihre Arbeit angewiesen sind.

Die Einkommensskala hat also nur dem Schein nach etwas mit Einkommen zu tun, sie ist Einkommensskala und damit ziemlich genau dasselbe wie ein „Berufsrank“:

Die „soziale Lage“, die einem ein Beruf beschert, besteht keineswegs einfach in der bleibenden Eigentumslosigkeit und damit der Abhängigkeit vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft, in dessen Arbeitsanforderungen, Bezahlung etc., sondern:

„Im Hinblick auf die Berufe anderer Menschen erscheint er damit in einer bestimmten Berufsposition.“ (Bolte)

Da wird der Beruf des Druckers als Verkörperung eines Berufs vorstellig gemacht, so dass sich keinerlei Unterschied zur Tätigkeit eines Universitätsprofessors mehr entdecken lässt, um die Besonderheit dieses Berufs gerade darin zu sehen, dass sein Rang niedriger als der eines Rechtsanwaltes, dafür aber (!) höher als der eines Hilfsarbeiters ist.

Auf diese Weise werden aus dem Beruf, dem einer nachgeht, dem Einkommen, der Ausbildung und was sonst noch der Schichttheoretiker einer Betrachtung für würdig erachtet das Urteil: „Position“ gewonnen. Eine „Position“, die ziemlich genau unter der höchsten und über der niedrigsten Position der Skala oder Zwiebel liegt. Damit löst sich jeder Inhalt der „Lebenschancen“ und „Bildungsmöglichkeiten“, der „Privilegien“ und „Benachteiligungen“ die man sich unter einem „Sozialstatus“ vorstellen mag, dahin auf, dass man überhaupt einen „Rang“ in der „gesellschaftlichen Hierarchie“ namens BRD einnimmt. Da weiß man doch, was man hat: 1. genau dasselbe wie jeder andere auch, eben einen „Rang“, 2. aber einen ganz anderen „Rang“ als der Rest der BRD. Und noch der letzte Sozialhilfeempfänger, der sich als „Unterprivilegiierter“ immerhin „privilegiert“ vorkommen darf, wenn auch ganz anders als die anderen, nämlich „unter-“, bürgt einem Soziologen dafür, dass sich gar kein anderes „Privileg“ in der Welt denken lässt als dasjenige, einen („Rang“-) Platz in der Gesellschaft zu besitzen.

„Dabei sein ist alles!“ – und zwar jeder auf seine ganz unverwechselbare Weise – so lautet das schichttheoretische Fazit – gelangt man doch allein dadurch schon zu „Rang“ und Namen, eben zu einer angesehenen „Stellung“, und was kann der Mensch mehr wollen? ◀

Weitere Artikel zur Wissenschaftskritik finden sich auf unserer Website: www.sozialistischegruppe.de

ARGUMENTE GEGEN DIE BÜRGERLICHE WISSENSCHAFT

Argumente gegen die Psychologie

Argumente gegen Umwelt und Ökologie

Argumente gegen die Medizin

Kritik der „Kritischen Kritik“ der „Frankfurter Schule“

(Adorno, Horkheimer, Fromm)

Kritik der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft

Glaubenssätze und Methoden der nationalökonomischen Weltanschauung

Die Mikroökonomie

Argumente gegen die Politologie

Zu beziehen direkt beim

GegenStandpunkt Verlag

Augustenstr. 24, 80333 München

Tel. (089) 272 16 04

Fax (089) 272 16 05

GegenStandpunkt@t-online.de

Im gegebenen Fall lässt die „menschliche Tragik“ „die wirtschaftlichen Auswirkungen“ hinter sich verblasen. Menschlich ist das Geschehen natürlich schrecklich – Wirtschaftsredakteure sind ja keine Unmenschen –, aber rein sachlich, nach der wirtschaftlichen Seite gesehen, ist es gar nicht so schlimm. Die massive Vernichtung von Leben und Lebensgrundlagen ist zwar eine Katastrophe, aber keine ökonomische. Im Gegenteil:

„Ich denke nicht, dass diese gleichzeitigen Schocks Asiens Wiederaufschwung durcheinanderbringen werden. Über einen längeren Zeitraum spürt man kaum einen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt, sagt Leong Wie Ho, Volkswirt für die Region bei Barclays Capital in Singapur. Im Gegenteil: In der Regel steigen nach den Katastrophen die Aktien von Bauunternehmen und Zementherstellern, da mit einem raschen, oft besseren Wiederaufbau gerechnet wird. Auch die nun von den Erdbeben betroffenen indonesischen Gebiete West-Sumatra, Bengkulu und Jambi stehen für weniger als 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Inselstaates. Dort gibt es relativ wenig Industrie, die wichtigste Infrastruktur wie Straßen oder Brücken rund um Padang ist unzerstört.“

Womit hat man es – einfach mal nüchtern marktwirtschaftlich betrachtet – bei massenhaften Zerstörungen zu tun? Erstens mit guten Geschäftsaussichten für Bauwirtschaft und Spekulation.

In den südostasiatischen Katastrophengebieten steht dem noch nicht mal ein wirtschaftlicher Schaden gegenüber, da nur Lebensgrundlagen, nicht aber Betriebe und Infrastruktur oder sonst was fürs Geldverdienen Relevantes vernichtet wurden.

„Die Vereinten Nationen sprachen Ende vergangener Woche mit Blick auf diesen Teil Asiens von einem ‚Erdteil der Desaster‘. ‚Noch nie haben wohl so viele Naturkatastrophen eine Region in so kurzer Zeit heimgesucht,‘ sagte die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Noeleen Heyzer. Die Rückversicherung Münchener Rück hat ermittelt, dass die Zahl der Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürme, Fluten und Hitzewellen mit Feuersbrünsten sich in Asien zwischen 1980 und 2007 mehr als verdreifacht habe. Die Versicherung weist deutlich auf Zusammenhänge mit dem Klimawandel hin. Die Verluste durch diese Katastrophen summierten sich allein 2007 auf rund 40 Milliarden Dollar. In schlechteren Jahren, wie etwa 2004 nach dem Tsunami, haben sie auch schon das Doppelte erreicht. Dennoch: Nur ein Bruchteil in Höhe von vielleicht 2 oder 3 Milliarden Dollar der Gesamtsumme ist in den armen asiatischen Ländern versichert.“

Zweitens gibt es also auch einen Sektor Ökonomie, den menschliche Nöte und Katastrophen nicht kalt lassen, weil er davon betroffen ist. Im Versicherungssektor verblasst keine Geldrechnung, „hinter der menschlichen Tragik“, im Gegenteil: jede menschliche Tragik hat ihren exakten Preis, mit dem sie sich in den Bilanzen niederschlägt. Rein ökonomisch betrachtet sind Katastrophen eine Frage der Assekuranz.

Insofern war die aktuelle menschliche Katastrophe geradezu ein Schnäppchen. Weil keiner versichert war, ist auch hier kein nennenswerter ökonomischer Schaden entstanden.

„Das heißt, dass die Menschen auf ihren Schäden sitzenbleiben. Damit fehlt ihnen Kaufkraft. Deshalb verkündete die philippinische Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo am Samstag nachmittag ein einjähriges Rückzahlungsmoratorium für staatliche Kredite an Haushalte in den betroffenen Gebieten. Auch Gebühren für Überweisungen aus dem Ausland sollen erlassen werden. So solle eine zusätzliche Kaufkraft von 32 Milliarden Pesos (466 Millionen Euro) freigesetzt werden.“

Drittens also sind auch unversicherte arme Menschen wirtschaftlich nicht ganz und gar bedeutungslos. So wenig die Lebensmittelabteilung dafür da ist, Leute mit Lebensmitteln zu versorgen – da hätte sie was zu tun! –, so wenig verschmäht sie die kleine Zahlungsfähigkeit, um ihre Produkte zu Geld zu machen.

Im vorliegenden Fall entspricht die entfallene Kaufkraft ungefähr der Höhe der von der Regierung erhobenen Überweisungsgebühren und ist insofern problemlos kompensierbar, so dass auch hier der Wirtschaft keine Einbußen entstehen. In Sachen Kaufkraft lässt sich sogar ein erfreuliches Resümee ziehen:

„In der Regel gleichen die Gelder für die direkte Hilfe und den anschließenden Wiederaufbau die Schäden mehr als aus. Bei aller Tragik der Opfer können solche Katastrophen sich damit gesamtwirtschaftlich sogar positiv auswirken,‘ sagt Leong.“

Zu den hohen Todeszahlen der Region – die im Übrigen ebenfalls die Assekuranz praktisch nicht belasten, da sich hier eh niemand eine Lebensversicherung leisten kann – führt vor allem die miserable Qualität der neueren Bauten. Es ist typisch, dass meist ältere Häuser, teilweise noch aus Holz gezimmert, stehenbleiben. Die Neubauten seit den achtziger Jahren, oft mehrstöckige Betonskelette, fallen indes wie Kartenhäuser in sich zusammen. Die besondere Tragik dabei: In der Regel wurden im Aufschwung die Schulen, die Krankenhäuser, die Einkaufszentren, die Verwaltungsgebäude errichtet. Und in ihnen halten sich tagsüber die meisten Menschen auf. So kam es auch im chinesischen Sichuan zu überdurchschnittlich vielen Kindern als Opfer: Ihre Schulen waren in unverantwortlicher Weise hochgezogen worden.

Oft spielt schon beim Grundstückskauf oder Bau Bestechung eine große Rolle. Dann werden die Bauten über Nacht auf obskur erworbenem Boden errichtet, um Fakten zu schaffen. In China brach jüngst eine Brücke ein, weil der Bauunternehmer den Stahl, der den ‚Stahlbeton‘ hätte ausmachen sollen, einzeln weiterverkauft hatte.“ (FAZ, 4.10.)

Der Bausektor leistet schon seit dreißig Jahren seinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Südostasien. Tragischerweise gab und gibt es unter den Bauunternehmern auch welche, die bloß darauf schauen, mit Bauaufträgen möglichst viel Geld zu verdienen. Chinesen, kommunistische! ◀

Kritik – wie geht das?

Kritik scheint ein schwieriges Geschäft zu sein.

Einerseits fehlt es nicht an kritischen Stellungnahmen. Rundfunk und Fernsehen, „Spiegel“ und „Bild“, die freie Wissenschaft und die konkurrierenden Parteien machen es sich und ihrem Publikum geradezu zur Pflicht, kritisch zu sein. Man stört sich nicht daran, dass eine solche Pflicht Kritik zu einer Haltung erklärt, die immer und überall angebracht und berechtigt ist – als ob es nicht ein wenig davon abhinge, was einer vor sich hat, wenn er Einwände vorbringt. Kritik wird zu einer subjektiven Einstellung, die man sich zulegt oder nicht, zu einer Art Voreingenommenheit zurückgenommen, die sich gar nicht mehr aus der Kritikwürdigkeit des Gegenstands begründet, auf den sich der kritische Geist richtet.

Andererseits ist mit der Allgegenwart kritischer Einstellungen die begründete Ablehnung einer Sache – jenes theoretische Handwerk, das den Namen ‚Kritik‘ verdient – so gut wie ausgestorben. An ihre Stelle tritt der Brauch, Gott und die Welt mit Verbesserungsvorschlägen zu überschütten. Rechte, linke und ganz normale Bürger üben sich in der Disziplin der konstruktiven Kritik, ganz als ob es logisch und zwingend wäre, dass aus Einwänden niemals die Ablehnung des Kritisierten, sondern stets dessen Vervollkommnung zu folgen hat. An allem, woran kritisch denkende Zeitgenossen Anstoß nehmen, wollen sie hilfreich mitwirken – wirklich an allem!

Die Medien kritisieren das Ungeschick unserer Kriegsminister beim Führen asymmetrischer Kriege, oder die Unfähigkeit der Sozialpolitiker, die Lage der Armen zu verbessern, auch wenn die das gar nicht versuchen. Professoren, Journalisten, Gewerkschafter, Oppositionelle beteiligen sich in kritischer Solidarität an den „Problemen“ des Staatshaushalts und der Krisenbewältigung – um ausgerechnet beim Wetter, wo es nichts zu kritisieren gibt, hemmungslos kritisch zu werden.

Im demokratischen Zeitalter kritisieren die Menschen immerzu. Aber sie wissen nicht, wie es geht. Wir wollen darlegen, was sie verkehrt machen, so dass ihre Kritik regelmäßig entgleist und immer wieder bei der Bekräftigung des Kritisierten landet.

26.11. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

► LEHREN AUS DER KRISE

Die „Rezession“ ist da und so massiv wie lange nicht; auch bedeutende Traditionsfirmen aus den führenden Heimatländern des globalen Kapitalismus melden Insolvenz an; wo es Sozial- und Arbeitsämter gibt, registrieren diese einen nicht nachlassenden Ansturm von Entlassenen, organisieren flächendeckend Kurzarbeit und verzeichnen eine sprunghafte Zunahme „prekärer Beschäftigungsverhältnisse“.

Mitte des Jahres 2009 ist der Ausblick bestenfalls gemischt. An den großen Börsen steigen die Aktienkurse wieder, sogar über Wochen hinweg; die größten unter den überlebenden Banken bilanzieren 10-stellige Dollar- resp. Euro-Gewinne; es gibt wieder Aufträge für verschiedene Firmen der Exportindustrie. Andererseits drohen Insolvenzen bei privaten wie bei kommerziellen Kreditkunden und damit nicht bloß neue Verluste bei den Kreditgebern, sondern weitere Offenbarungseide über die Wertlosigkeit abgeleiteter Wertpapiere; deswegen verschärfen umgekehrt Kreditgeber ihre Konditionen und Investoren ihre Anforderungen; mit der absehbaren Folge weiterer Konkurse, die wieder aufs Finanzgewerbe zurückwirken, dessen Potenz und Geschäftsvolumen schädigen und so fort. Der ganze Wirtschaftskreislauf funktioniert, eingeständenermaßen, nur deswegen überhaupt noch, weil die Regierungen der großen Weltwirtschaftsmächte ihre Finanzindustrien

mit abenteuerlichen Milliardensummen an Bürgschaften und „Kapital-spritzen“ vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt und so den Fortgang des gesellschaftlichen Zahlungsverkehrs sichergestellt haben. Wenn in manchen Abteilungen der Kreditwirtschaft und der Industrie wieder Geld verdient wird und Gewinne ausgewiesen werden, dann auch nur deswegen, weil die Staaten, die es sich leisten können, mit Konjunkturprogrammen auf Schuldenbasis und mit der Emission der entsprechenden Anleihen für Geschäftsgelegenheiten gesorgt haben. Beides, die Rettung des Kreditwesens und die „Ankurbelung der Konjunktur“ durch Staatsschulden, gilt als unbedingt notwendig, aber nur einerseits als nützlich, der Erfolg andererseits als zweifelhaft und ein neues Problem als sicher: Die Milliarden, die die Staaten in Form von Anleihen zur Finanzierung ihres Krisenhaushalts oder direkt über den Ankauf wertloser Schuldpapiere durch ihre Notenbanken schöpfen, bringen das Kredit-Rating der Emittenten in Gefahr, begründen Sorgen um die Zuverlässigkeit der derart aufgeblähten Währungen; sogar eine radikale Schuldenminderung durch eine Währungsreform gilt nicht mehr als völlig undenkbar. Derweil machen die überlebenden Finanzunternehmen mit den von Staats wegen verantworteten Geldsummen weiter wie bisher und vor der Krise. Das wird ihnen zum Vorwurf gemacht, ohne dass jemand anzugeben wüss-

te, welches andere Geschäft sie denn treiben sollten als das mit der Spekulation auf versprochene Erträge, Wertentwicklungen und den Geldbedarf ihrer Geschäftspartner. Und wie bereits vor einem Jahr nimmt der Hunger auf der Welt wieder mit neuem Tempo zu, weil das Spekulationsgewerbe erneut den Energiebedarf der großen Weltwirtschaftsmächte und eine großindustrielle Landwirtschaft als Mittel zu dessen geschäftlicher Ausnutzung entdeckt hat und mit seinen darauf berechneten Termingeschäften die Nahrungsmittelpreise in für die Hungerländer auf dem Globus unerschwingliche Höhen treibt.

Das Ganze ist so ekelhaft wie lehrreich. Verlauf, erreichter Stand, politische Behandlung und öffentliche Kommentierung der Krise rücken Praktiken, Erfordernisse und Notwendigkeiten des gewöhnlichen marktwirtschaftlichen Geschäftslebens in ein außergewöhnlich grelles Licht und mit denen die absurden, für die normale Menschheit schädlichen Konstruktionsprinzipien des Systems marktwirtschaftlicher Geschäftemacherei – Zusammenhänge, die sonst gewohnheitsmäßig als der „normale Gang der Dinge“ abgehakt oder gar nicht weiter zur Kenntnis genommen werden.

Die Krise enthält Aufschlussreiches über die Erwerbsquelle, auf die die große Masse der Leute im System der Marktwirtschaft tatsächlich alternativlos angewiesen ist: In Krisenzeiten machen noch deutlich mehr Menschen als sonst die Erfahrung, und der Rest kriegt es auch hautnah mit, was für eine unsichere Sache der Lebensunterhalt ist, den man sich durch Arbeit gegen Entgelt für einen Arbeitgeber zu verschaffen hat. Das ist natürlich auch in normalen Zeiten nicht unbekannt; und der Grund ist auch kein Rätsel: Geld gibt es nur, wenn es sich für den Arbeitgeber lohnt – für den Profit der Firma, aber öffentliche Arbeitgeber rechnen im Ergebnis auch nicht anders. Deswegen wird für möglichst wenig Geld möglichst viel Leistung verlangt; und wo ein derartiger Arbeitsplatz sich trotzdem nicht mehr rentiert, wird der Mensch – nämlich das Geld, das er da verdient hat, eingespart. Das weiß, damit rechnet auch – irgendwie, und stets zu seinem Schaden – ein jeder. Wenn dann jedoch, so wie derzeit, die Entlassungen sich häufen, Neueinstellungen unterbleiben, auch Lohnverzicht und Mehrarbeit im Rahmen von „Beschäftigungssicherungsverträgen“ nicht mehr helfen und die hart verdiente „bürgerliche Existenz“ kaputtgeht, dann ist dennoch das private Erschrecken groß, das öffentliche Lamento laut. Und es wird offenkundig, dass die anpassungswillige Menschheit gar nicht wirklich glaubt, jedenfalls nicht richtig ernst nimmt, was eigentlich ein jeder merkt und weiß: Einen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit gibt

es tatsächlich *nur*, solange die Berechnungen des Arbeitgebers aufgehen. Man klammert sich an das „solange“, als gäbe es wirklich das „eine Boot“, in dem die Firma und ihre Dienstkräfte gemeinsam drinsitzen, und will nicht wahrhaben, dass das „solange“ für ein „weil“ und ein „damit“ steht: Geld für

die gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretung. Die macht Angebote, wie die gewinnträchtige Ausnutzung von Lohnabhängigen wieder in Schwung kommen und die massenhafte Kündigung von Arbeitskräften in Grenzen gehalten werden könnte, nämlich mit Lohnverzicht und unbezahlter Arbeit

rin, dass die Finanzwelt, noch längst ehe sie der Leistungsfähigkeit der Arbeit misstraut, ihr Vertrauen in Vermögenstitel verliert, die sie gar nicht zur Finanzierung „realwirtschaftlicher“ Firmen, sondern für spekulative Zwecke der höheren und der abgeleiteten Art kreiert, in Verkehr gebracht und in ihren eigenen und den Portefeuilles ihrer Kundschaft gehortet hat. Große Massen dieser Papiere sind entwertet, noch größere von Entwertung bedroht. Aber einfach weggeworfen wird da so ohne weiteres nichts – anders als vom Inventar insolventer Industrie- und Handelsunternehmen und ganz anders als bei bezahlten Arbeitskräften, deren Arbeit sich nicht mehr genügend lohnt. Von dem Reichtum, der in einem irgendwie verbrieften Recht auf Geldertrag aus Schulden besteht, trennt das Kapital sich nicht so leicht wie von Gebrauchswerten, deren Tauschwert seine Realisierung in einer Geldsumme absehbarerweise schuldig bleibt, und wie von Produktionsfaktoren, insbesondere dem menschlichen mit seinen Entlohnungsansprüchen, die keinen Profit bringen. Spekulative Papiere, denen ihr Marktwert abhanden gekommen ist, weil niemand sie mehr kaufen will, werden eher für bessere Zeiten aufbewahrt – für den Fall nämlich, dass ein neu auflebendes spekulatives Interesse sie doch wieder „werthaltig“ macht; mitten in der Krise finden sich sogar Spekulanten, die in der Spekulation auf solche besseren Zeiten die als „toxisch“ verschrienen Papiere billig aufkaufen.

**Diskussionsveranstaltung
der Sozialistischen Hochschulgruppe**

Lehren aus zwei Jahren Weltwirtschaftskrise

Die Krise des weltweiten kapitalistischen Geschäfts geht in ihr drittes Jahr. Die mehr als ein Jahr lang beschworene Hoffnung, die Konsequenzen ließen sich auf bestimmte Abteilungen des Weltfinanzmarkts begrenzen und von der „Realwirtschaft“ fernhalten, hat sich längst als Illusion erwiesen. Die Konsequenzen für Beschäftigte und die wachsende Zahl von Beschäftigungslosen lassen nicht auf sich warten. Insofern werfen Verlauf und politische Behandlung der Krise ein außergewöhnlich grelles Licht auf das gewöhnliche marktwirtschaftliche Geschäftsleben und damit auf die für die normale Menschheit schädlichen Konstruktionsprinzipien des kapitalistischen Systems, das sonst gewohnheitsmäßig als der „normale Gang der Dinge“ abgehakt wird.

Die freiheitliche Öffentlichkeit sieht das freilich umgekehrt: Sie deutet das Krisengeschehen als Konsequenz fahrlässiger oder schuldhafter Regelverstöße. Damit erklärt sie die Krise zum *Sonderfall*. An ihm gemessen ist der marktwirtschaftlichen Regelfall schon allein deswegen über jede Kritik erhaben, weil da das Geschäft der Geldvermehrung (und des „Arbeitsplatz-Schaffens“) erfolgreich vorankommt. Der Zusammenhang der beklagten Auswüchse und Abweichungen mit dem funktionierenden marktwirtschaftlichen Normalfall bleibt also zu erklären. So lehrreich die Krise ist: Die Mühe des (Um-)Lernens erspart sie ihren Opfern nicht.

9.12. Mittwoch, 20 Uhr
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

Arbeit gibt es *nur deswegen, weil* und *damit* das Unternehmen damit selber Geld verdient; die Chance, durch Lohnarbeit das Lebensnotwendige zu erwerben, ist in der Marktwirtschaft *kein Zweck*, sondern ein für allemal *bloß Mittel* – für die Zwecke des Arbeitgebers. Mit dem allgemeinen Gejammer über „verlorene Arbeitsplätze“ und die „schweren Einzelschicksale“, die „dahinter stehen“, wird die Lebenslüge aufrechterhalten, die zur Grundausstattung einer bürgerlichen Existenz gehört: Irgendwie und letztlich müsste es im marktwirtschaftlichen System doch, wenigstens *auch*, um die Lohnabhängigen gehen und darum, dass die sich den Lohn, von dem sie abhängen, auch verdienen können. Dabei ist die Lektion eindeutig: Krise ist *nicht*, wenn ein Großteil der abhängig Beschäftigten in Existenznot gerät und der Rest sich seines Einkommens auch nicht mehr sicher sein kann; Krise ist, wenn das Gewinnemachen nicht mehr klappt. Dann werden Existenzen massenhaft geopfert, weil sie im marktwirtschaftlichen System ohnehin keine andere ökonomische Existenzberechtigung haben als durch den Nutzen, den ein Unternehmen aus dem Gebrauch ihrer Arbeit herausholt. In der Krise wird das noch nicht einmal beschönigt; aber einfach so gelten lassen will die Klarstellung auch niemand.

Am allerwenigsten ausgerechnet

und Opfern an freier Zeit – und keiner merkt, sie selbst schon gleich nicht, dass ihre Offerte nur bestätigt, was niemand wahrhaben will: Die Geschäftsinteressen der Arbeitgeber, in der Krise ultimativ zugespitzt, stehen zu den Existenznotwendigkeiten und Sicherheitsbedürfnissen der Arbeitnehmer in einem unversöhnlichen Gegensatz. Mit ihrem Angebot erklären sich die Gewerkschafter und Betriebsräte im Namen ihrer Klientel bereit, diesen Gegensatz trotz allem versöhnlich zu gestalten – ganz zu Lasten der Lohnabhängigen. Und nicht einmal damit können sie landen: Die Krise durchkreuzt noch die letzte Hoffnung auf Vereinbarkeit der Notwendigkeiten eines Gelderwerbs mit den Gesetzen marktgerechten Wirtschaftens. Natürlich verlangt eine Firma Lohnverzicht und Mehrarbeit ihrer Belegschaft, wenn sie in Schwierigkeiten kommt; sie nimmt entsprechende Angebote gerne wahr. Aber damit werden schon in normalen Zeiten keine „Arbeitsplätze geschaffen“, sondern Kosten gesenkt und Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Und wenn das Gewinnemachen allgemein stockt, dann werden Verdienste und Dienstmöglichkeiten zusammengestrichen – freiwillige Verelendung „rettet“ da gar nichts.

Wie auch – es waren ja auch gar nicht die lohnabhängigen Dienstkräfte, die mit übertriebenen Löhnen oder mangelnder Leistung oder gar durch Arbeitsverweigerung den krisenhaften Zusammenbruch des marktwirtschaftlichen Geschäftslebens herbeigeführt hätten. Das haben dessen Veranstalter und Nutznießer ganz allein geschafft. Die Krise hat ihren Ausgangspunkt da-

Darüber hinaus lehrt die Krise einiges:

- ... über die Natur des Gewerbes, in dem ohne jede Beteiligung an Herstellung und Vertrieb nützlicher Dinge allein durch das Weggeben von Geld und den Handel mit Schuldtiteln Geldüberschüsse erzeugt werden;
- ... über die so genannte „Realakkumulation“, die stillgelegt wird, wenn sie Schulden nicht in Kapital verwandeln kann, also für diesen Zweck und sonst nichts da ist;
- ... über die hoheitliche Gewalt, die per Dekret verloren gegangenes Vertrauen in zukünftiges Geschäft ersetzen kann, also offenbar selbst die Substanz des marktwirtschaftlichen Reichtums ist;
- ... über den friedlichen Verkehr der Staaten, in dem es in Krisenzeiten darum geht, die anfallenden Schäden anderen Nationen aufzuladen, damit die eigene Nation „*stärker aus der Krise herausgeht als sie hineingegangen ist*“ (Bundeskanzlerin Merkel), der also in einem knallharten Wettstreit um die Quelle und Reichweite staatlicher Macht besteht. ◀

Nachzulesen in
GegenStandpunkt 3-09
www.gegenstandpunkt.com

**Sozialistische Hochschulgruppe
Erlangen-Nürnberg**
c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen
sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen